

der staat produziert probleme, die er nicht lösen will

„belastung“, „herausforderung“, „welle“, „ansturm“, „lawine“ heissen die giftportionen in der öffentlichen kommunikation in zusammenhang mit flüchtenden menschen schon seit längerem, seit ende august in einem deutlich angestiegenen ausmass. diese giftportionen wirken, weil sie in unserem denken hängen bleiben und den fokus der aufmerksamkeit nicht auf die menschen, sondern auf ein angebliches „problem“ lenken, welches diese menschen uns angeblich allein durch ihr dasein bereiten.

war schon vorher die situation in traiskirchen unverkennbar eine von der politik bewusst herbeiorganisierte, so wurde die instrumentalisierung von menschen, die sich zu uns in sicherheit bringen wollen, in diesem herbst perfektioniert.

in unsere hirne sollten bilder von menschen eingepägt werden, die schon rein optisch „zu viel“ sind. wir sollten auf den ersten blick sehen, dass für sie wohl kein platz in unserer gesellschaft sein könne. selbst dass kleine babies auf pappkartons oder blossem boden schlafen mussten, dass überbelegte flüchtlingsunterkünfte kaum gereinigt wurden, dass zeltstädte uns eher an katastrophen erinnern sollten, war politisch gewollt und beabsichtigt.

die gewünschte reaktion lässt auch nicht auf sich warten. „das ist alles zuviel“, „wir können nicht alle aufnehmen“, „wir haben schon genug getan“, „sollen wir allein die welt retten?“ – so klingen die kleingeistigen reaktionen auf solche bilder.

der staat, oder besser gesagt, jene, die uns, der wir der staat sind, politisch zu vertreten hätten, produzieren bewusst probleme, die niemals gelöst werden sollen, sondern uns in egoistische, kleinkarierte einwohnerInnen einer festung verwandeln sollen, die sich vor allem und jedem fürchten, die von „draussen“ kommen.

vor mehr als zwanzig jahren war alles ganz anders

damals mussten sich menschen aus dem zerfallenden jugoslawien und dem dort tobenden krieg zu uns flüchten. niemand sprach damals von einer gefahr, einem ansturm oder einer lawine. und auch nicht von einer zynischen „obergrenze“.

die berichterstattung zeigte keine menschen, die „zuviel“ seien, sondern übertrug damals die grausamen bilder des krieges, der nur wenige kilometer von uns entfernt stattgefunden hat. es war daher nur allzu verständlich, dass diese menschen sich in sicherheit bringen mussten.

die verantwortlichen in den ministerien und behörden waren damals flexibel und gewillt genug, schnell und möglichst unbürokratisch den menschen die aufnahme in unserem land zu ermöglichen. österreich hatte damals offensichtlich den willen, die menschen aufzunehmen. (die ewiggestrigen fremdenfeindlichen dauerunkenrufe ausgenommen.)

womit bewiesen wäre, dass es eigentlich kein problem sein dürfte, menschen, die zu uns flüchten, selbstverständlich und ohne wenn und aber aufzunehmen. sind es wirklich andere beamtInnen, die in den ministerien und behörden hocken, oder ist es einfach der nun ganz andere politische wille, der zu so ganz anderen ergebnissen führt?

flüchtende müssen nochmals leiden

es ist offensichtlich der politische wille, der diesmal fehlt bzw. etwas ganz anderes will. an den inhaltlich entscheidenden stellen der politischen steuerung sitzen offensichtlich menschen, die sich mehr politischen zuspruch und erfolg durch das erzeugen von angst und das verbreiten von zerrbildern erwarten.

diejenigen, die darunter konkret am meisten zu leiden haben, sind jene, die sich zu uns flüchten wollen. ihnen schlägt oft eine welle der ablehnung, der angst und mitunter auch des offenen hasses entgegen, die uns alle beschämen muss.

zivilgesellschaft als „lückenbüsser“?

zynisch geht der staat auch mit der trotz allem vorhandenen hilfsbereitschaft der bevölkerung um. in den ersten tagen und wochen der plötzlich zahlreicher eintreffenden menschen auf ihrem „marsch der hoffnung“ war es die zivilgesellschaft, waren es zahlreiche frei organisierte, aktionsbereite menschen, die spontan eine „willkommenskultur“ mit leben erfüllten. diese zivilgesellschaft war schneller, effizienter und flexibler im einsatz als behörden und organisationen in gang kommen konnten. ein umstand, der manchen verantwortlichen in verwaltung und traditionellen hilfsorganisationen gar nicht schmeckte.

während sich der staat „vornehm“ zurückhielt, wurden spendenaufrufe zum alltäglichen appell an die bevölkerung, jene lücken der versorgung zu füllen, die in einem wirklich funktionierenden staat niemals entstehen dürften. wenn dann die hilfbereiten menschen auch noch politisch vereinnahmt werden, wie z.b. durch den vizekanzler, der in einem fernseh-interview behauptet hatte, die regierung hätte diese menschen „erfolgreich mobilisieren können“, wirft das viele fragen über die wirklichen motive der politischen verantwortlichen auf.

verschleppung und trägheit

so wie die situation in den ersten stunden, tagen und wochen schon ahnen liess, setzt sich der mangelnde wille zu wirklichen lösungen auch in der folge fort: die annahme von asylanträgen und die aufnahme in die grundversorgung werden oft verschleppt, dringende anträge selten erledigt, die behörden zeigen keinen wirklichen willen, situationsgerecht zu handeln. „überforderung“, „massenandrang“ und „antraglawine“ sind nun wieder die begriffe, die unser denken prägen sollen. dass unser staat wochen, monate, jahre braucht, um von fall zu fall immer wieder neu zu überlegen, ob denn die bedrohung des lebens der betroffenen wirklich ausreicht, um ihnen zu helfen, ist das ergebnis einer trägheit der satten, die mit den hungernden nicht teilen wollen.

wenn dann ein aussenminister auch noch von den zu uns flüchtenden menschen gleich mal „integration“ einfordert, als wäre dies etwas, das nur sie allein bewerkstelligen könnten, ist es schwer, auch hier wirklichen willen zu vermuten. die zu uns geflüchteten müssen erfahren, wie lange einen hier der staat einfach in unsicherheit verweilen lassen kann. sie lernen, dass verfahren, wenn sie denn einmal wirklich begonnen haben, niemals wirklich rechtssicher, sondern oft einfach schikanös und unfair ablaufen können. sie müssen erfahren, dass sie entweder nicht arbeiten dürfen oder, wenn sie sich z.b. selbständig machen, sofort aus der grundversorgung genommen werden können. sie sind noch nicht einmal wirklich angekommen, schon müssen sie hören, dass die verantwortlichen ihnen ihr asyl, wenn überhaupt, nur „auf zeit“ gewähren wollen. und das nachholen von familienmitgliedern,

häufig frau und kinder, wird zusätzlich erschwert, was diese erst recht wieder in die lebensgefahr der verzweiflungswanderungen treibt.

der staat versagt nicht, er will gar nicht.

der staat produziert probleme, die er nicht lösen will

bernhard jenny

Beobachtungen aus dem Zeltlager Alpenstraße

Im Juni 2015 wurden in Salzburg auf dem Gelände der LPD in der Alpenstraße zum ersten Mal Flüchtlinge in Zelten untergebracht. Das Zeltlager lag als Erstaufnahmeeinrichtung und „Bundesquartier“ in der politischen Verantwortung des Innenministeriums, wurde von der Schweizer Firma OS betrieben und bis November 2015 bewohnt. Die Unterbringungsstandards wurden teils heftig kritisiert, wie folgende Beschreibung einer empörten ehrenamtlichen Unterstützerin aus dem Juni verdeutlicht:

„Es werden um die 260 Männer teils in der Sporthalle teils auswärts in Zelten untergebracht. Die eigene Wäsche wird fast täglich im Waschbecken gewaschen und mit dem Haartrockner geföhnt. Sie verfügen lediglich über die Kleidung, die sie seit der Flucht tragen. Ab Mittag beginnt die Schlange sich zur Kantine zu bilden, die Essensausgabe für ca. 260 hungrige Männer kostet die Nerven aller. Ein bis zwei Stunden gehen von der Zeit drauf, bis man schließlich drei Tage durchgehend Nudeln oder die restlichen Tage Reis mit einer Beilage erhält. Die Beilage ist weder paniert noch frittiert oder gebraten. Es ist nicht zu erkennen, um welche eine Kost es sich hierbei handelt. Das Abendessen wird zeitgleich ausgegeben,

ein Plastiksack mit Semmeln und Käse. Das hebt man sich natürlich bis zum späten Abend auf, damit man ja nicht als erwachsener Mann hungrig schlafen geht. „Es ist besser, wenn ihr geht! Am besten nach Deutschland! Glaubt uns, es ist besser für euch!“, das waren die Worte vom Personal, dem Dolmetscher und allen anderen. Blind und naiv packten sie ihre Sachen und waren bereit zu gehen. Sie empfanden diese Aussage als eine Drohung. Wieso ist es besser zu gehen? Was tut ihr uns an? Was geschieht als nächstes mit uns? Schließlich kam die Wahrheit ans Licht: Wir müssen nicht gehen, wir haben das Recht zu bleiben. Und sie verharren bis dato noch in ihren Zelten. Sie verfügen über bläuliche Karten, die ihre Identität festhalten, aber nichts über ihren Asylstatus aussagen. Sie wissen nicht, wie es mit ihnen weiter geht. Diese Ungewissheit und die Bedingungen treiben sie in den Wahnsinn. Mit Wasser wird das Essen und der Tee schnell verdünnt, wenn man bei der Essensausgabe merkt, dass es wohl doch nicht für um die 260 Männer reicht. „Das ist Europa? Das Land der Demokratie und der Menschenrechte?“, fragen sie sich. Um die 40 Euro im Monat erhalten sie. Sie gehen zu Fuß. Ein